



# Interpellation

Gemäss Art. 58  
Kantonsratsgesetz

## Zum aktuellen Stand von Spar- und Verzichtsbemühungen bei den Kantonsfinanzen, sowie beim Personalwesen:

Seit vielen Monaten, ja buchstäblich Jahren, hören wir immer wieder in verschiedenen Statements und Kommissionen das Zauberwort von Spar- und Verzichtsbemühungen. Im Rahmen der im letzten Herbst abgelehnten Abstimmungsvorlage 2027+ waren diverse Einsparungsvorschläge im Parlament und beim Volk unbestritten. Nach dem Scheitern der Vorlage 2027+ sprach die Regierung von einer zusätzlichen zeitlich mittelfristigen Verzichtsplnung.

Aktuell sind lediglich Steuererhöhungen, Massnahmen bei der IPV oder NFA-Beteiligung der Gemeinden im Vernehmlassungsverfahren. Dagegen scheint von einer Verzicht- und Sparplanung nichts Konkretes in Aussicht zu sein. Wir erinnern daran, dass dies wohl die wichtigste Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Abstimmung im Herbst sein dürfte. Alleinige Massnahmen mit steuerlichen Mehreinnahmen ohne glaubhafte Sparanstrengungen dürften es schwer im Parlament und vor dem Volk haben. Die mehrfach versprochenen Vorschläge müssen nun schnellstens vorgelegt werden.

Verschiedentlich hört man beim Kantonspersonal den Wunsch nach Klarheit, ob es eine Aufgaben- und Verzichtsplnung geben wird und wie es weiter gehen soll bei den Personalmassnahmen. Transparenz gegenüber den Angestellten, dem Parlament und dem Volk schafft Sicherheit und Vertrauen. Klarheit nützt der künftigen Entwicklung im Personalwesen und ist nur fair gegenüber den Mitarbeitern, zeigt dem Volk glaubwürdig den Pfad auf und gibt dem Kantonsrat die Möglichkeit einer Gesamtbeurteilung bei der Budgetierung 2020 und der weiteren Lohnentwicklung ab.

## Vor diesem Hintergrund wird die Regierung gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der Regierungsrat plante mit der Finanzstrategie 2027+ bis 2020 gegen 20 Stellen abzubauen, was einer Einsparung von 2.8 Millionen entsprochen hätte:
  - 1.1. Hält der Regierungsrat an einem Stellenabbau fest? Wenn ja, in welchem Umfang?
  - 1.2. Wann und in welchen Departementen werden diese geplanten Stellen abgebaut?
  - 1.2. Welche internen und externen Auswirkungen hat dieser Stellenabbau?
  - 1.3. In welchen Bereichen ist ein Stellenabbau einfach bzw. schwierig zu vollziehen und warum?
  - 1.4. In welcher Grössenordnung kann mit dem Stellenabbau welcher Betrag konkret eingespart werden?
  - 1.5. Wie hat der Regierungsrat die Kontrolle, dass nach einem erfolgten Stellenabbau nicht einfach Aufgaben extern gegen zusätzliche Bezahlung vergeben werden? Dies wäre ja sicher nicht das Ziel der Übung.
2. Neben der hohen Fluktuation ist zu hören, dass auch die Ausfalltage beim Personal der kantonalen Verwaltung aussergewöhnlich hoch seien:
  - 2.1. Wie viele Ausfalltage (Krankheit und Unfall) waren in den letzten drei Jahren 2016/2017/2018 pro Bereich zu verzeichnen (Krankheit /BU / NBU)?
  - 2.2. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Entwicklung und was sind die Massnahmen?

## 2.3. Wie funktioniert das Absenzen-Management

3. Im BKD wurde kürzlich eine 20% Stelle ausgeschrieben:
  - 3.1. Welche Strategie hat der Regierungsrat generell in Bezug auf die Anstellungspensen?
  - 3.2. Wie beurteilt der Regierungsrat Kleinstpensen bezüglich Kosten und Nutzen für die Verwaltung und den Kundenservice?
4. Lohnnebenleistungen:
  - 4.1. Wie weit ist die Umsetzung der geplanten Parkplatzbewirtschaftung für Mitarbeiter?
  - 4.2. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf bei den zusätzlichen Kinderzulagen (Teil- oder Ganzstreichung bei oberen Einkommen)?
  - 4.3. Auf was mussten konkret die Mitarbeiter bis heute überhaupt verzichten?
  - 4.3. Gibt es andere angedachte Massnahmen in diesem Bereich, die für das Personal relevant sind?
5. Verzichtsplanning:
  - 5.1. Anlässlich der neuen Strategie der Regierung zur Finanzensanierung, wurde für 2019 eine Verzichtsplanning versprochen. Wann gedenkt der Regierungsrat konkrete Vorschläge im Rahmen einer Verzichtsplanning vorzulegen?

Alpnachstad, 19. März 2019

Erstunterzeichner: Kantonsrat Ivo Herzog  
Fraktionspräsident SVP Obwalden

Kantonsrätin Monika Rüegger  
Präsidentin SVP Obwalden

